

Die „postmigrantische“ Gesellschaft als neue Normalität: Herausforderungen für Politik und Gesellschaft

Volker M. Heins

Kulturwissenschaftliches Institut Essen (KWI)

Vortrag auf der Feier zum 40-jährigen Jubiläum des Ev. Erwachsenenbildungswerkes Westfalen und Lippe e.V.
11. Dezember 2015

Im Zuge der Vorbereitung auf diesen Vortrag habe ich einmal zusammengerechnet, wie viele Jahre meines Lebens ich bisher außerhalb Deutschland gelebt habe und bin immerhin auf ca. 10 Jahre gekommen. Die meiste Zeit davon habe ich in Kanada und den USA zugebracht. Dann habe ich darüber nachgedacht, was diese Jahre aus mir gemacht haben. Ein Migrant bin ich jedenfalls in meiner Wahrnehmung nicht geworden. Vor einiger Zeit habe ich dann meinen ersten Wohnsitz nach Oberbayern verlegt, in eine kleine Gemeinde ganz nah an der Grenze zu Tirol. Eine Fremdheitserfahrung: Es gibt keinen Integrationskurs, der das Wunder vollbringen könnte, dass ich jedes Wort einige der alteingesessenen Bauern in der Region verstehen oder gar selbst ihre Sprache sprechen würde. Zumindest lebensweltlich werde ich stets ein Zugereister bleiben. Auch wird es mir als einem rheinischen Katholik in dieser beschaulichen Landschaft am Fuß der Alpen verwehrt bleiben, etwa bei der Fronleichnamsprozession den Himmel über der Monstranz mit dem Allerheiligsten durch den Ort tragen zu dürfen. „Himmiträga werden’s ned mer“, hat mir tatsächlich ein Einheimischer freundlich, aber bestimmt gesagt.

Das ist natürlich eine ganz harmlose Erfahrung, in der Herkunftsunterschiede nur folkloristisch hochgespielt werden. Wenn wir von Migration und Migrationserfahrungen, von Diskriminierung und Rassismus sprechen, haben wir andere Situationen im Sinn. Eine wachsende Zahl von Sozialforschern erkennt, dass Migration und weltweite Mobilität nicht Randphänomene sind, sondern den Kern der modernen Gesellschaft prägen. Aber es ist ein Unterschied, ob man als ein deutscher Mittelschichtsangehöriger sich irgendwo auf der Welt oder eben auch in Oberbayern niederlässt, oder etwa als Flüchtling oder Arbeitsmigrant nach Europa kommt. Um die Erfahrungen dieser letztgenannten Gruppe von Menschen geht es, wenn wir von Migrationsgesellschaften und ihren Herausforderungen sprechen.

Eine dritte Kategorie neben Migranten und Nichtmigranten sind Postmigranten. Die Postmigranten haben mit Nichtmigranten wie mir gemeinsam, dass sie über keine direkte Migrationserfahrung mehr verfügen, aber – im Unterschied zu mir – als Migrantinnen und Migranten markiert und oftmals diskriminiert werden, obwohl sie – ich denke an Freunde von mir – in Berlin, Duisburg oder Boppard geboren wurden und sich aussuchen können, wie sie sich auf die Sprache und Kultur der Länder ihrer Vorfahren – Ägypten, Türkei, Iran – beziehen wollen. Der Begriff der „postmigrantischen Gesellschaft“ kommt aus dem Englischen wird seit einiger Zeit von Berliner Kulturschaffenden und Soziologinnen verwendet. Der Begriff bezieht sich nicht so sehr auf das Migrationsgeschehen selbst – welche Personengruppen migrieren warum und wohin –, sondern auf das, was nach erfolgter Migration mit den Migranten, ihren Nachkommen und der Aufnahmegesellschaft passiert. Ich finde, dass der Begriff unsere Beachtung schon deshalb verdient, weil er hauptsächlich von Leuten verwendet und propagiert wird, die selbst einen Migrationshintergrund haben, diesen manchmal in den Vordergrund rücken und ihre eigene besondere Erfahrung in die Debatte um die Zukunft der deutschen Gesellschaft einfließen lassen.

Ich übergehe jetzt die teilweise ganz vernünftige Kritik, die es an diesem Begriff auch gibt, und versuche stattdessen im Laufe dieses Vortrags, drei Fragen zu beantworten:

- 1) Was heißt es, von Deutschland und vergleichbaren Ländern als „postmigrantischen Gesellschaften“ zu sprechen?
- 2) Was wissen wir über die zentralen Konflikte in postmigrantischen Gesellschaften?
- 3) Worin könnte das neue Leitbild von postmigrantischen Gesellschaften bestehen, um das sich die Erwachsenenbildung und andere Institutionen bemühen sollten?

1) Was heißt es, von Deutschland und vergleichbaren Ländern als postmigrantischen Gesellschaften zu sprechen?

Auf diese Frage gebe ich vier Antworten:

a) Postmigrantische Gesellschaften sind ethnisch, religiös und herkunftsbiografisch zunehmend heterogen. Über Deutschland liest man z.B. in diesen Tagen in der Zeitung, dass muslimische Flüchtlinge zum ersten Mal in ihrem Leben auf Juden treffen. Wir hören, dass Sachsen auf Syrer treffen. Viele der Differenzen zwischen Einwohnern sind in hohem Maße sichtbar und spürbar, da sie sich im öffentlichen Raum entfalten. Dies wiederum führt zu Spannungen und Konflikten um scheinbare Äußerlichkeiten wie etwa islamische Kopfbedeckungen oder Schweinefleisch in öffentlichen Kantinen oder Flüchtlingsunterkünften. In postmigrantischen Gesellschaften ist es wichtig, die mit starken Emotionen versehenen Bedeutungen zu verstehen und zu reflektieren, die diesen Äußerlichkeiten zugeschrieben werden.

b) Die Differenzen, die in postmigrantischen Gesellschaften zum Anlass für Konflikte werden, sind zu einem großen Teil das Resultat von Einwanderung. Das ist nicht selbstverständlich, da es auch vorkommt, dass moderne Gesellschaften kulturelle Differenzen aus sich heraus hervorbringen und sichtbar machen, ohne sie von außen zu importieren. Moderne Gesellschaften sind auch ohne Einwanderung plural. Millionen von Europäer_innen üben sich in Yoga und diversen buddhistischen Meditationspraktiken, ohne dass dies in einem Zusammenhang stünde mit der Einwanderung von Asiaten nach Europa. Ähnliches gilt für die massenhafte Konversion von Afro-Amerikanern zum Islam, die seit den 60er Jahren zu beobachten ist und dazu geführt hat, dass diese Gruppe inzwischen schätzungsweise 20 Prozent der amerikanischen Muslime ausmacht. Und natürlich gibt es Gesellschaften, die ganz ohne Einwanderung sozusagen vielfältig und heterogen geboren wurden. Die indische Gesellschaft ist kulturell heterogen, auch wenn der Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung im Promillebereich liegt und es abgesehen von einigen Bangladeschis, Afghanen und Tibetern nur wenige gibt, die nach Indien ausgewandert sind. In Deutschland ist das anders: Unsere Gesellschaft importiert kulturelle Differenzen durch Einwanderung.

c) Postmigrantische Gesellschaften prägen unsere persönlichen Netzwerke. Nur 5 Prozent der Deutschen haben bereits einmal in einem anderen Land der EU gelebt, und nur 4 Prozent in einem Nicht-EU-Land. Soziologen haben allerdings herausgefunden, dass in deutschen Städten 75% der Bürger ohne Migrationshintergrund Freunde und Bekannte mit Migrationshintergrund haben. Unsere sozialen Netzwerke werden immer vielfältiger – weitgehend unabhängig davon, ob wir uns in ferne Regionen begeben, weil die Welt sozusagen zu uns kommt und zunehmend auch in unseren privaten sozialen Netzwerken auftaucht. Von den 75% der Bürger, die Menschen aus anderen Ländern zu ihren Freunden und Bekannten zählen, hat die Hälfte Freunde und Bekannte aus mindestens zwei Ländern, 40% zwei bis vier Länder, 20% Freunde und Bekannte aus mindestens fünf Ländern. Interessant ist außerdem, dass die sozialen Netzwerke von Bürgern mit Migrationshintergrund noch vielfältiger sind als die Netzwerke der Herkunftsdeutschen.¹ Interaktionen zwischen Menschen unterschiedlicher nationaler Herkunft finden also nicht nur über

¹ Siehe Sören Petermann und Karen Schönwalder, Transnationalismus im Innern? Die sozialen Netzwerke deutscher Stadtbewohner(innen), in: *Soziale Welt* 64(3), 2013, S. 317-335.

Ländergrenzen hinweg statt. Es kann gezeigt werden, dass auch die weniger mobile Bevölkerung über Auslandsbeziehungen hinaus sozusagen „grenzüberschreitende“ Bindungen hat. Es sind nicht zuletzt diese Netzwerke, in denen ständig neu ausgehandelt wird, wer dazugehört, wer Solidarität verdient und wen wir eigentlich meinen, wenn wir das Personalpronomen „wir“ verwenden.

d) Die postmigrantische Gesellschaft entwertet überlieferte Leitbilder von nationaler Einheit und Wertegemeinschaft. Sie ist daher eine Quelle dauernder Verunsicherung und erzeugt bei Teilen der Bevölkerung eine Art Phantomschmerz über den Verlust der homogenen Nation, die schon lange nicht mehr zu haben ist. Gesellschaften mit einem hohen und wachsenden Anteil an Migranten und ihren Nachkommen sind zunächst eine Kraft, die stets verneint: sie unterminieren den homogenen Nationalstaat, die Vorstellung von Staaten und Kontinenten als Festungen, Ideen aus dem 19. Jahrhundert von Volksgeistern und Kulturkreisen, die sich eigenlogisch entwickeln und vor fremden Einflüssen bewahrt werden müssen. Wir erleben eine Phase großer Verunsicherung und stellen die Frage danach, was an die Stelle jener älteren Vorstellungen treten soll.

2) Was wissen wir über die zentralen Konflikte in postmigrantischen Gesellschaften?

Eine zentrale Konfliktlinie verläuft zunächst zwischen der sogenannten Mehrheitsgesellschaft und bestimmten Gruppen von Neuankömmlingen und deren Nachkommen. Diese Konflikte entstehen nicht von alleine und können in verschiedenen Gesellschaften und geschichtlichen Perioden sehr unterschiedlich verlaufen. Die entscheidende Variable ist das Ausmaß, in dem sich die Mehrheitsgesellschaft ethno-national definiert. In dem Maße, wie dies der Fall ist, werden auch die längst angepassten und wohlintegrierten Nachfahren von Migranten das Stigma des „Fremden“ nicht los. Hier bietet die Geschichte Europas reiches Anschauungsmaterial.

Lange Zeit bedeutete Assimilation die Aneignung des kulturellen Erbes der Mehrheitsgesellschaft durch Minderheiten als Voraussetzung für Teilhabe und „Gleichheit“. Einwanderer versuchten auf diese Weise, „richtige“ Franzosen, Deutsche oder Amerikaner zu werden. Im Unterschied dazu versteht man seit dem Ende des 19. Jahrhunderts unter Assimilation nicht mehr nur oder in erster Linie eine freiwillige moralische Selbstreform von Individuen und Gruppen, sondern die Erfüllung einer von außen an Minderheiten herangetragenen Norm der einseitigen Anpassung an die dominante Kultur. Diesen Wandel hat in jüngerer Zeit auch der Begriff der Integration durchgemacht.

Unter den Bedingungen des einseitigen Integrations- oder Assimilationsdiktats einer ethno-nationalen Mehrheitsgesellschaft entsteht das Paradox, dass die Anpassung der Migranten an die alteingesessene Bevölkerung in dem Maße, wie sie fortschreitet, nicht Sympathie hervorruft, sondern Zweifel an ihrer Echtheit. Ein Beispiel: In Frankreich gab es in den 1920er Jahren eine Debatte um die Französisierung der Nachnamen von polnischen, italienischen, armenischen oder arabischen Arbeitskräften. Diese Praxis der Anpassung fremd klingender Eigennamen an das Französische wurde nicht deshalb kritisiert, weil sie für die Betroffenen eine demütigende Zumutung darstellte, sondern weil man glaubte, wie die Tageszeitung *Le Figaro* im Juni 1927 schrieb, dass sich »zahllose *métèques* [Kanaken] hinter französischen Namen verstecken«. Wenn Araber ihre arabischen Namen behielten, waren sie Kanaken, wenn sie ihre Namen ändern ließen, blieben sie Kanaken.

Das Beispiel der jüdischen Bevölkerung ist interessant, weil diese Gruppe mit der Erwartung umfassender Treue zum Nationalstaat zu einem Zeitpunkt konfrontiert wurde, da der Grad ihrer kulturellen Anpassung an ihre nichtjüdische Umgebung bereits außerordentlich hoch war. In Frankreich schlossen Rabbis die Nation in ihre Gebete ein, während jüdische Intellektuelle dazu

aufriefen, sich nicht nur äußerlich, sondern von ganzem Herzen mit Frankreich zu identifizieren und alle Besonderheiten von Sitte und Sprache abzustreifen. Die Anpassung ging so weit, dass viele Juden nicht mehr »Juden« genannt werden wollten, sondern »Israeliten«, was irgendwie feiner klang, und jede Gemeinsamkeit mit den ringsum verachteten Juden aus Deutschland und Osteuropa weit von sich wiesen. Man wollte, wie es in einer zeitgenössischen Stellungnahme hieß, nichts zu tun haben mit »Geldwechslern aus Frankfurt, polnischen Kneipenwirten, galizischen Pfandleihern« (Bernard Lazare).

Dasselbe galt für Deutschland, wo selbst die weithin verachteten, aus Osteuropa zugewanderten Juden von deutschen Wäldern und deutscher Kultur schwärmten und sich ganz sicher waren, dass die Juden in Deutschland »durch innige Bande des Heimatgefühls« für immer mit diesem Land verbunden seien. Für die einheimischen, nicht aus dem Osten zugewanderten deutschen Juden galt erst recht, dass sie fest an ihr »Deutschtum« glaubten. In den 1920er Jahren ging der Patriotismus so weit, dass sich jüdische Presseorgane in Berlin nach antisemitischen Vorfällen und Razzien über die aus ihrer Sicht allzu deutschlandkritische Berichterstattung in den Vereinigten Staaten von Amerika empörten. Diese Dynamik gipfelte in den deutschnationalen Ressentiments einiger deutscher Juden gegenüber den sogenannten »Ostjuden« und ihrer Sprache, dem Jiddischen.²

Wir wissen, wie diese Geschichte einer erfolgreichen Totalanpassung an eine Leitkultur ausging. Kein Happy End. Für die heutige Diskussion interessanter ist allerdings die folgende, gut belegte paradoxe Dynamik: Je erfolgreicher die Integration von Migrantinnen und Migranten, desto größer die Feindseligkeit der Mehrheitsgesellschaft gegen die neu Dazugekommenen. Wir beobachten eine Verschärfung von Konflikten gerade als *Konsequenz* erfolgreicher Integration. Wir wissen, dass die Identifikation mit Deutschland etwa unter türkeistämmigen Bürgerinnen und Bürgern hoch ist und zunimmt, dass die Zahl der Studierenden aus diesem Sektor wächst und Muslime und andere Minderheiten in höherem Maße als früher aufstiegsorientiert und erfolgreich sind. Der unselige Kopftuchstreit brach erst aus, als es den weiblichen Nachkommen aus muslimischen Einwandererfamilien gelungen war, sich aus ihren Herkunftsmilieus zu lösen, bürgerliche Karrieren anzustreben und damit in die Mitte der Gesellschaft vorzustoßen, deren politische Vertreter ihre Statuspositionen plötzlich gefährdet sahen. Putzfrauen mit Kopftüchern stören keinen, aber wehe ein „Kopftuchmädchen“ (Sarrazin) will Lehrerin oder Professorin werden! Jüngere Erkenntnisse zu wirtschaftlichen Aufsteigern unter türkeistämmigen Migranten zeigen, dass die Missachteten auch und gerade dann, wenn sie erfolgreich und »integriert« sind, ein Ziel von Stigmatisierung bleiben.³

Soviel zum Konflikt zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den postmigrantischen Nachkommen der Gastarbeitergeneration.

Dieser ältere Konflikt, in dem sich die bürgerliche Mitte der Gesellschaft gegen die Teilhabeansprüche von erfolgreich integrierten Nachkommen von Einwanderern wehrt, wird von einem neueren zweiten Konflikt überlagert, der die bürgerliche Mitte nicht eint, sondern zerreißt. Dieser zweite Konflikt kristallisiert sich in Deutschland zurzeit in der Flüchtlingsfrage. Sinnbildlich hierfür ist der Antagonismus zwischen der Bundeskanzlerin und dem, was Volker Zastrow in der FAZ die „neue völkische Bewegung“ um Pegida genannt hat. Zastrow, nicht gerade bekannt als ein Frontmann der Antifa, hat zudem die AfD den „Nukleus einer Bürgerkriegspartei“ genannt, die im Kern auf Gewalt gebürstet sei und wesentliche Verfassungsprinzipien ablehne: die Meinungs- und die Religionsfreiheit und den Artikel 1 des Grundgesetzes, in dem von der Würde des *Menschen*, nicht des Bürgers oder des Volksgenossen die Rede ist.

² Quellen finden sich bei Volker M. Heins, *Der Skandal der Vielfalt. Geschichte und Konzepte des Multikulturalismus*, Frankfurt/New York: Campus Verlag, 2013.

³ Siehe hierzu die glänzenden Arbeiten von Ferdinand Sutterlüty („In Sippenhaft“) und Aladin El-Mafaalani.

Der erste Konflikt verschärft sich in dem Maße, wie die Integration der Nachfahren von Einwandern fortschreitet, wird aber mit den Mitteln des öffentlichen Streits ausgetragen, während der zweite Konflikt ein Gewaltelement enthält und sich der öffentlichen Auseinandersetzung gerade entzieht. Oder anders: der ältere Konflikt kritisiert eine vermeintliche postmigrantische Parallelgesellschaft im Augenblick ihres Verschwindens, also in einer Phase, in der immer mehr Kinder von Migranten aufsteigen und sich als Deutsche empfinden; der zweite Konflikt befördert die Entstehung einer eigenen bio-deutschen Parallelgesellschaft, die sich abschotten möchte gegen verschiedene Teufel, die immer wieder an die Wand gemalt werden: den Islam, Amerika, die Europäische Union, die Schwulen und diejenigen Deutschen, die nicht aussehen wie Deutsche.

3) Worin könnte das neue Leitbild von postmigrantischen Gesellschaften bestehen, um das sich die Erwachsenenbildung und andere Institutionen bemühen sollten?

Gegen den Gedanken einer verbindlichen ethno-nationalen Leitkultur, zu der sich die Migranten und ihre Nachkommen bekennen sollen, ist lange Zeit versucht worden, „Vielfalt“ zu einem Wert an sich zu stilisieren, also das bunte Deutschland. Ich nenne drei Beispiele:

„Willkommen in einer Welt, die Unterschiede liebt.“ (Samsung Werbung)

„Wir wollen mehr Vielfalt“ (Thomas Bach vom Internationalen Olympischen Komitee).

„Toleranz endet dort, wo Vielfalt, Freiheit und Menschenwürde angegriffen werden.“ (Innenminister Thomas de Maizière)

Diese Aussagen sind gut gemeint, aber nicht gut durchdacht. Ob Vielfalt ein Wert ist, hängt nämlich von der Antwort auf die Frage ab: „Vielfalt wovon?“. In der empirischen Wirklichkeit gibt es eine Vielfalt von politischen Ordnungen, Lebensstilen, Meinungen, moralischen und religiösen Überzeugungen usw. Offenkundig sind wir nicht in allen diesen Fällen *für* Vielfalt. Es würde den meisten von uns wahrscheinlich genügen, wenn es nur eine politische Staatsform gäbe, nämlich die liberale Demokratie, und nicht außerdem noch Theokratien, Militärdiktaturen, Ein-Parteien-Staaten oder absolute Monarchien. Eine allzu große Vielfalt von Sprachen innerhalb eines Staates kann Demokratie erschweren. In manchen Landstrichen Deutschlands gibt es Ortsbildsatzungen, die verhindern sollen, dass eine Vielfalt von Baustilen und Gebäudeformaten die Landschaft verschandelt. Solche Beispiele ließen sich vermehren.

Gegen „Leitkultur“ und gegen die oberflächliche Beschwörung von „Vielfalt“ möchte ich daher etwas zugunsten einer dritten Möglichkeit sagen, die wir erwägen sollten: nämlich die Idee eines neuen pluralistischen Leitbildes oder eines orientierenden Narrativs für das postmigrantische Deutschland. Dafür möchte ich plädieren. Der Sinn dieses Leitbildes sollte darin bestehen, und hier folge ich den Formulierungen meiner Berliner Kollegin Naika Foroutan, in einer zunehmend heterogenen Gesellschaft Gesichtspunkte zu entwickeln, unter denen die Gesellschaft normativ zusammengeführt werden kann und allen, die zu dieser Gesellschaft beitragen, Zugehörigkeit zu vermitteln.

Dieses postmigrantische Leitbild würde der Lebenswirklichkeit der vielfältigen und transnationalen persönlichen Netzwerke, von denen ich gesprochen habe, Rechnung tragen und wäre weitaus inklusiver als die bisherige Ethno-Kulturnorm. Das neue Leitbild müsste das Grundgefühl der Bundesbürger aufgreifen, die sich nach Angaben des ARD-Deutschlandtrends zu drei Vierteln sicher sind, dass die Zuwanderung von Flüchtlingen die deutsche Gesellschaft stark bis sehr stark verändern wird. Es müsste Halt und Orientierung bieten in einer Situation, in der anderen Zahlen zufolge zwei Drittel der Befragten die Befürchtung hegen, dass ein weiterer Zuzug von Flüchtlingen den inneren Frieden im Land verschlechtern werde.

Was mir besonders wichtig ist: Das neue Leitbild würde Integrationsforderungen erstmals auch an resistente herkunftsdeutsche Bevölkerungsgruppen richten, von denen wir erwarten, dass sie sich nicht in eine völkische Parallelgesellschaft zurückziehen. Es würde neu definieren, wer „wir“ sind und wer die „anderen“. Es würde denen, die neu zugewandert sind, einen Weg weisen zur Staatsbürgerschaft und sie vor nachträglicher moralischer Ausbürgerung schützen. Zugleich würde das neue Leitbild, anstatt Vielfalt als Eigenwert zu propagieren, rote Linien ziehen. Und zwar vor allem gegen die völkische Bewegung und gegen die fünfte Kolonne des globalen Dschihad in unseren Gesellschaften.

Ich komme zum Schluss: Claus Leggewie, der Direktor des KWI, an dem ich arbeite, hat neulich in einem Zeitungsartikel geschrieben, dass das neue postmigrantische Deutschland keine Utopie verwirklicht. „We never promised you a rosegarden“, betonte der erste große Verkünder des Multikulturalismus in Deutschland. Im Unterschied zu Leggewie denke ich allerdings, dass es sehr wohl ein Versprechen geben sollte und dass dieses Versprechen in einem neuen Leitbild niedergelegt werden sollte. Die Zukunft mag kein Rosengarten sein, aber auf einen Kräutergarten sollten wir doch hoffen dürfen oder wenigstens auf einen Irrgarten, in den wir uns gerne begeben.